



24. März 2022

**Liebe Leserinnen und Leser,**

die „Konferenz zur Zukunft Europas“ ist in vollem Gange. Sie ist ein ergebnisoffener Prozess, in dem Bürgerinnen und Bürger, Sozialpartner und Zivilgesellschaft ihre Reformvorschläge einbringen sollen, damit die Europäische Union für die neuen Herausforderungen dieses Jahrhunderts gewappnet ist. Mit ihrer Abschlussveranstaltung am 09.05.2022 wird die Konferenz bereits in den kommenden Monaten enden. Die [heutige Ausgabe](#) widmet sich im ersten Beitrag der Demokratie am Arbeitsplatz. Die durch die Zusammenarbeit zwischen betrieblichen Arbeitnehmervertreter\*innen und außerbetrieblichen Gewerkschafter\*innen mitbestimmten Unternehmen sind wirtschaftlich erfolgreicher und nachhaltiger. Die Mitbestimmung ist jetzt Gegenstand eines Verfahrens. Ob im Rahmen einer Umwandlung in eine Societas Europaea nationale Arbeitnehmer\*innenstandards abgesenkt werden dürfen, entscheidet nun der EuGH. Der [zweite Beitrag](#) beschäftigt sich mit der Frage, warum sich mobile Beschäftigte nach wie vor mit unzureichendem sozialem Schutz begnügen müssen. Marginale Verbesserungen lösen die Strukturprobleme nicht auf.

Eine angenehme Lektüre wünscht  
Reiner Hoffmann, DGB-Vorsitzender



## SAP Luxemburg: Mitbestimmung auf dem europäischen Prüfstand



DGB/Evgeny Gromov/123rf.com

Kurz vor Weihnachten hat das Europäische Parlament ein Zeichen für „Demokratie am Arbeitsplatz“ gesetzt. Mit großer Mehrheit hat das EP eine Entschließung angenommen, in der es sich klarer als je zuvor zur Mitbestimmung der Arbeitnehmer\*innen bekennt. Es betont deren maßgebliche Rolle für den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Europa, den sozial gerechten Übergang zu einer klimaneutralen und ressourceneffizienten Wirtschaft sowie für Nachhaltigkeit in der Unternehmensführung und -kontrolle. Mitbestimmung darf nicht durch Umwandlung in eine Europäische Aktiengesellschaft geschwächt werden.

Deutsche und Luxemburger Gewerkschaften bringen die Frage vor den Europäischen Gerichtshof.



[zum Beitrag](#)



## Wird Europa sozialer?



DGB

Die ökonomischen Ungleichgewichte unter den Mitgliedstaaten bietet für viele Anreize zur Migration. Die Freiheiten des Binnenmarktes stecken den rechtlichen Rahmen hierzu ab. Zwar ist für regulär beschäftigte EU-Bürger\*innen die rechtliche Gleichbehandlung bei Arbeits- und Sozialrecht weitgehend umgesetzt, jedoch arbeitet eine zunehmende Anzahl als entsandte oder saisonal Beschäftigte, Grenzgänger\*innen oder (Schein-)Selbstständige. Indem der Europäische Gerichtshof (EuGH) über die Dienstleistungsfreiheit die Entsendung stärkte, hat er die Sozialversicherung vom Arbeitsort getrennt. In Anbetracht dessen greifen viele Bemühungen, das soziale Defizit zu kompensieren, zu kurz.



[zum Beitrag](#)



### Impressum

#### Verantwortlich

Deutscher Gewerkschaftsbund Bundesvorstand  
Europa und Internationales  
Henriette-Herz-Platz 2, 10178 Berlin  
Telefon: +49 30.240 60-211, Telefax: +49 30.240 60-324  
E-Mail: internationales (at) dgb.de

#### Verantwortlich

Reiner Hoffmann (Vorsitzender)

#### Rückfragen an

Andreas Botsch, Abteilungsleiter Europa und Internationales